

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/42. Jahrgang

April 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

Kommunalwahl 2011: Neuauflage für SPD/Grün / Linke schwächer

Auch in Gießen hat sich der bundesweite Trend für die Grünen niedergeschlagen. Die Katastrophe in Japan hat den Grünen ein fulminantes Wahlergebnis beschert – für eine Partei, die als Mit-Regierungspartei sowohl Sozialabbau (Agenda 2010) als auch Krieg durchsetzte und jetzt am deutlichsten den Libyen-Krieg forciert.

Wenn die Verluste von CDU und FDP klammheimliche Freude hervorrufen, so sind die Ergebnisse für DIE LINKE im allgemeinen (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) enttäuschend.. In Gießen hat die LINKE zwei Sitze

verloren, was nicht verwunderlich ist. Im Wahlkampf ist es nicht gelungen, persönliche Streitereien zugunsten politischer Auseinandersetzung mit den Gegnern herauszuhalten. Anstatt in erster Linie gegen CDU und FDP aufzutreten, ohne SPD und Grüne zu vergessen, wurden oftmals persönliche Befindlichkeiten hochgehalten.

Das Linke Bündnis erreichte nur einen Sitz, trotz engagiertem Einsatz. Auch wenn beide Gruppierung diesmal absolut mehr Stimmen erhielten als die LINKE vor fünf Jahren, konnten insgesamt nur drei Sitze gegenüber



damals vier erreicht werden. Dafür tragen wir alle Verantwortung und sollten entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Die DKP tritt seit jeher dafür ein, linke Kräfte zusammenzuführen. Dies muss auch für die Zukunft gel-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Atomkraftwerke: nicht prüfen - abschalten!

„Die Kernkraftwerke in unserem Land sind sicher – so etwas wie in Japan kann hier nicht passieren“ –

fast in jedem Land der Welt geben die Regierungschefs diesen Satz von sich. Wer sowas sagt, ist entweder dumm oder ein

Lügner. So etwas kann nicht nur passieren, sondern es wird immer wieder vorkommen, solange es Kernkraftwerke gibt. Dazu braucht es nicht einmal ein Erdbeben oder einen Tsunami. Technik funktioniert nie 100%-ig, über-



all können unvorhergesehene Ereignisse oder eine Verkettung unglücklicher Umstände dazu führen, daß die Kühlung eines Reaktors für längere Zeit unterbrochen wird.

Dann setzt die Ereigniskette ein, die man in Fukushima beobachten konnte: Überhitzung der Brennelemente, Freisetzung von Wasserstoff, Explosion, Brände, schließlich teilweise oder totale Kernschmelze. Erhöht wird die Gefahr noch durch die in allen deutschen Kernkraftwer-

ken im Abklingbecken neben dem Reaktordruckgefäß gelagerten verbrauchten Brennelemente der letzten Jahre. Auch diese müssen ständig gekühlt werden um sich nicht selbst zu zerstören und ihren hochradioaktiven Inhalt an die Umgebung abzugeben. Die von der Bundeskanzlerin an-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

Krieg in Libyen/Kriegstreiber Bisky	S. 2
Stadtparlament/Nazi-Demo	S. 3
Tarifrunder/Dt.-Türk. Kulturolympiade	S. 4
Kernschmelze/Volkszählung/Kreis	S. 5
Nazi-Urteil/Sudeten-Hetze/Buchtipps	S. 6
Knastbericht/Leserbriefe	S. 7
Termine	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!



Guter Diktator, böser Diktator

Seit Februar 2011 hat sich eine Protest- und Aufstandsbewegung in Arabien ausgebreitet, welche die alten Regime in Bedrängnis brachte oder sie stürzte. Die Gründe des Aufstands liegen meist in den verkrusteten und undemokratischen Strukturen, der hohen Arbeitslosigkeit und der Armut großer Bevölkerungsteile. Parallel dazu entwickelte sich in diesen sehr jungen Gesellschaften eine teilweise gut ausgebildete Mittelschicht, welche sich um ihre Zukunft betrogen sieht. Der Kern dieser Entwicklung ist allerdings, dass in allen diesen Ländern in den 1990er Jahren der sogenannte „Neoliberalismus“ Einzug hielt. Privatisierung weiter Teile des Staatssektors und Einschränkung der ohnehin schmalen staatlichen Leistungen, waren die Folge. Dies betraf so unterschiedliche System wie z.B. Tunesien und Ägypten auf der einen Seite, aber auch Staaten wie Libyen auf der anderen Seite. Waren die beiden erst genannten Staaten Marionetten des Westens, so war die libysche Politik zeitweise antiimperialistisch. Nach der Revolution in Libyen 1969 wurde die Ölindustrie verstaatlicht, alle ausländischen Militärbasen geschlossen, ein

Sozialsystem etabliert und das Ziel eines „islamischen Sozialismus“ proklamiert.

Nach 1999 begann eine stärkere Annäherung an den Westen und eine forcierte Privatisierung des Staatssektors. Kein Wunder, daß sich westliche Regierungschefs in Tripolis die Klinke in die Hand gaben. Außerdem spielte Libyen für den Westen – gegen Bezahlung – den Wächter gegenüber Flüchtlingen aus Afrika. Allerdings blieb Libyen immer unberechenbar. 2009 wurden Teile des Besitzes der kanadischen Ölfirma „Verenex“ wieder verstaatlicht. Die „Wirtschaftsreformen“ trugen wesentlich zur Verschlechterung der sozialen Situation im Land bei. Der aus dieser Lage resultierende Aufstand eröffnet dem Westen nun die Möglichkeit, reinen Tisch zu machen. Mit seiner Militärintervention versucht er die pro-westlichen Kräfte in der Aufstandsbewegung zu stärken und letztlich einen westlichen Marionettenstaat zu etablieren. So sehr das korrupte Gaddafi-Regime nicht mehr die Interessen der Mehrheit der libyschen Bevölkerung vertritt, so ist zu befürchten, dass die Lage der libyschen

Bisky: Kriegstreiber der Linkspartei

Lothar Bisky, langjähriger, nunmehr Ex-Vorsitzender der Partei Die Linke (PDL) und z.Zt. Abgeordneter im EU-Parlament, stimmte dort Mitte März für eine Flugverbotszone über Libyen und damit für den Krieg. Denn daß ein derartiger Beschluß nur mit Waffengewalt durchgesetzt werden kann, war jedem klar und hat sich inzwischen mit katastrophalen Folgen für die Menschen in Libyen erwiesen.

Biskys Verhalten (als einziger PDL-Abgeordnete) ist zwar in seiner Partei auf Protest gestoßen, bleibt aber folgenlos. Damit hat er Pflöcke gesetzt und den weiteren Weg nach Rechts geebnet. Bereits wenige Wochen zuvor hatte Bisky ein weiteres Bonmot seiner Gesinnung verlautbart und für das PDL-Programm gefordert: „... (dort) müßten die neuen sozialen Strukturen, die neuen Verhältnisse, das Prekäre der Beschäftigung in seiner ganzen Widersprüchlichkeit und nicht nur als soziale Bedrohung, sondern auch als neue Form der Arbeit vorkom-

men.“ Das heißt nichts anderes als die Aufforderung, das Positive von Minijobs, Hartz IV und Armut zu sehen. Um auf Bundesebene eine „koalitionsfähige“ Partei zu sein, werden solche „Vordenker“ gebraucht. In Kommunal- und Länderparlamenten ist die PDL schon lange regierungsfähig und beteiligt sich an Sozialabbau und Privatisierung. Sie beschreiten damit den Weg der Grünen, die inzwischen eine unverzichtbare Stütze des Kapitals geworden sind. Wer kann Kriege besser verkaufen als ein Grüner, der frühere Friedensapostel, der „Gewalt löst keine Probleme“ auf seine Fahnen schrieb und dann in völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien (Fischers Vergleich mit Auschwitz) und gegen Libyen (Cohn-Bendits Vergleich mit dem Warschauer Ghetto) zum Hauptkriegstreiber mutierte? Wenn diese Entwicklung der PDL verhindert werden soll, haben die Linken in der „Linken“ viel zu tun.

Michael Beltz

Nach der Verfassung von 1977 ist Libyen eine Islamisch-Sozialistische Volksrepublik. Die von der Verfassung proklamierte Volksdemokratie ist eine Art Rätedemokratie. Allerdings blieb die reale Macht immer in den Händen Gaddafis und Proteste wurden meist gewaltsam nieder geworfen. Gleichzeitig hat Libyen eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des afrikanischen Kontinents. Die Sozialversicherung der Einwohner umfasst die kostenlose medizinische Versorgung sowie Witwen-, Waisen- und Altersrenten. Allgemeine Schulpflicht bei kostenlosem Unterricht besteht für Sechs- bis Fünfzehnjährige. Außenpolitisch verfolgte Libyen während des „kalten Krieges“ eine antiimperialistische Politik, was das Land zum „Intimfeind“ des Westens vor allem der USA machte.

Bevölkerung nach dem Sieg der westlichen Allianz schlimmer wird und das Land zu einer westlichen Halbkolonie – mit demokratischer Maske – degeneriert.

Henning Mächerle

**Liebe Leserinnen und Leser,
wir bitten um Überweisung
der Abo-Gebühren für 2011 -
und wir bitten um Spenden.
Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse
Gießen, BLZ 51350025**

Libyen

1986: Reagan wirft Bomben



Demo in Gießen im Frühjahr 1986

2002: Bush erklärt Libyen (u.a.) zum "Schurkenstaat"

2011: Friedensnobelpreisträger Obama führt Bombenkrieg gegen Libyen



Am Info-Stand der DKP (v.r.): Gernot L., Andreas K., Gunter G., Kalli H., Erika B., Michael B. und Otto R. (zu Besuch aus Kassel)

Nazi-Aufmarsch verhindern!

Für den 16.7.2011 hat die NPD zu einer Demonstration und Kundgebungen in Gießen aufgerufen. Erfolglos versucht die NPD seit mehreren Jahren in Gießen Fuß zu fassen. Mit der Organisation dieser Demonstration - in Kooperation mit den „Freien Kräften“ - zielt die NPD darauf ab, lokale Strukturen zu stärken und zu reorganisieren. Allein das Gelingen der Demonstration wäre bereits ein Erfolg für die NPD. Ihr letzter großer Aufmarschversuch in Gießen liegt rund 40 Jahre zurück und wurde im Oktober 1971 von mutigen Antifaschisten verhindert. Seither gelang es keiner Neonazigruppierung, ungestört Veranstaltungen im Gießener Stadtgebiet abzuhalten. Was passiert, wenn den Faschisten nicht konsequent entgegengetreten wird, sieht man an der Situation in Wetzlar. Im Oktober 2008 konnten dort rund 350 Neonazis fast ungehindert ihren Aufmarsch durchführen. Es folgte eine massive Stärkung der rechten Szene in und um Wetzlar und einen Brandanschlag auf das Haus eines Antifaschisten. Für uns kann es also nur heißen: Wehret den Anfängen! Verhindern wir gemeinsam den Aufmarsch der Faschisten!

Henning Mächerle

(Fortsetzung von Seite 1)

Atomkraftwerke

gekündigte zusätzliche Sicherheitsüberprüfung ist überflüssig und dient nur dazu, vor den anstehenden Landtagswahlen Zeit zu gewinnen. Die Schwachstellen aller deutschen Reaktoren sind längst bekannt. Auf ihre Beseitigung wurde verzichtet, weil diese den Profit der Energiekonzerne geschmälert hätte. Die Behauptung, Sicherheit ginge vor Wirtschaftlichkeit, war immer nur ein Lippenbekenntnis. Aber auch jede denkbare Nachrüstung würde das Risiko nur verringern, aber nicht abschaffen. Nur die Abschaltung der Kernkraftwerke bringt Sicherheit – wobei die Reaktoren gefährlich bleiben, solange sich die Brennelemente noch innerhalb der Anlage befinden. Diese können wegen der enormen Hitzeentwicklung durch den radioaktiven Zerfall erst nach einigen Jahren herausgeholt und etwas sicherer in Castor-Behältern gelagert werden.

Gernot Linhart.

Auf Anfrage der Stadtverordneten Erika Beltz bestätigte Baudezernent Rausch, daß eine Anmeldung der geplanten NPD-Demo vorliegt, die Route aber noch nicht feststeht. Sie solle kurzfristig festgelegt werden, wobei „historisch sensible“ Bereiche ausgenommen seien und auch „Baustellen zu berücksichtigen“ seien. Andere Maßnahmen wie z.B. ein notwendiges Verbot der Demo sind nicht erwogen, wie er auf Nachfrage zugab, obwohl neben OB Grabe-Bolz auch die Stadt Gießen im Bündnis "GI bleibt bunt - gemeinsam gegen Nazis" ist.

Vor der letzten Sitzung des Stadtparlaments: Protest gegen weitere Märkte auf dem Bänninger Gelände

Gegen einen weiteren Lebensmittelmarkt auf dem Bänninger-Gelände, der ihre Arbeitsplätze gefährden würde, demonstrierten toom-Beschäftigte vor der



letzten Sitzung des Stadtparlaments. (Die DKP ist solidarisch.) Aber die Koalition aus CDU, Grüne und FDP ficht dies nicht an. Das ganze Programm, das Baudezernent Rausch langatmig vorstellte (aber zu Detailfragen schwieg) wurde durchgewunken: vom Bänninger-Projekt, über „Zu den Mühlen“ bis zum „Grüninger Pfad“ (Hotel). Das Parkhaus Roonstraße wird an den Kino-Investor verkauft, und in der Ringallee werden 120 Parkplätze der Straßensanierung geopfert. Damit hat die alte Koalition drei Tage vor den Wahlen die Fakten für den nächste Magistrat geschaffen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Kommunalwahl

ten, ohne dass die Schuldfrage hin und her geschoben wird. Im Parlament ist nun konsequente Opposition erforderlich. Jetzt gilt es vor allem, auch außerhalb des Parlamentes tätig zu werden, bei den Ostermärschen, am 1. Mai, bei Anti-Atom-Protesten, der Montagsdemo und vor allem ge-

gen den geplanten Nazi-Auftritt im Juli. Kommunisten machen nicht ausschließlich Wahlkampf und verschwinden dann in ihren Nischen oder im Parlamentsstuhl. Daran lassen wir uns messen.

Michael Beltz

Es wurden gewählt:

DIE LINKE: Michael Beltz und Jonas Ahlgrimm

Linkes Bündnis: Michael Janitzki

Die Schuldenbremse wurde von immerhin gut 1/3 (37,5%) abgelehnt, wobei die Gegner meist genau die Parteien wählten, die sie einführen.



Warnstreiks am Klinikum

Noch ist die Gefahr betriebsbedingter Kündigungen im Uni-Klinikum nicht ganz abgewendet, müssen die Beschäftigten gegen die reale Senkung ihrer Gehälter kämpfen. Mit Warnstreiks verleihen sie ihrer berechtigten Forderung nach einer Lohnerhöhung von insgesamt 7% Nachdruck. Ganze 1,7% plus eine Einmalzahlung von 150 Euro bietet Rhön-AG - bei einer Laufzeit von zwei Jahren. Das liegt weit unter der Inflationsrate und würde eine erhebliche Reallohnsenkung bedeuten – und das bei steigendem Arbeitsdruck. „In privaten Kliniken haben die Pfleger nachweislich noch mal mehr Patienten zu versorgen als in öffentlichen Einrichtungen,“ so der verdi-Verhandlungsführer Rehm. Im letzten Jahr hat der Konzern bundesweit dreistellige Milliongewinne gemacht – auf dem Rücken auch der 6600 Beschäftigten in Gießen und Marburg. Der Konzern kann zahlen!

Tarifrunde 2011: BRD bleibt Schlußlicht

Von 2000 bis 2010 erhöhte sich der Durchschnittsbruttoverdienst in Deutschland um 21.8%. In den EU Ländern im gleichen Zeitraum um 35,5%. Also war für die Tarifrunde 2011 aus den Gewerkschaften zu hören: 5% bis 7% Lohnsteigerung je nach Branche sind die Forderung. Und was wurde bisher abgeschlossen? Legt man die Inflationsrate vom Januar 2011 zu Grunde, so wurden Tarifabschlüsse getätigt, die noch nicht mal die Inflation ausgleichen, von der Produktivitätsentwicklung ganz zu schweigen und „Umverteilung“ ist ein nicht mehr in diesem Zusammenhang zu nennendes Wort. Und dann die Kröte Laufzeit, sie wurde erneut wieder in den verschiedenen Bereichen geschluckt, so dass die Möglichkeit per Tarifkampf die Beteiligung

der Beschäftigten am angeblichen Aufschwung zu erwirken, nicht wahrgenommen werden kann. Abschlüsse mit der 1 vorm Komma, das ist nach unserer Meinung nicht das was abhängig Beschäftigte im Jahr 2011 brauchen.

Und die Rentner? Erhöhung um 1% zum 1.7.? Also statt Erhöhung weitere Rentenkürzung, nur verkauft wird's als Erhöhung.

Ein Jahr der Tarifabschlüsse, das man schon im März als verlorenes Jahr bezeichnen muß.

Ach ja, die meiste Aufmerksamkeit erregte der Streik der GDL. Deren Chef ist in der CDU, die beiden Stellvertreter in der FDP, bzw. der Partei rechtsstaatliche Offensive/ auch Schillpartei genannt. Soweit zum verlorenen Jahr....

K.S



"Deutsch-Türkische Kulturolympiade" - Plattform für Nationalisten

Mehr zufällig besuchte ich am 27. Februar die Deutsch-Türkische Kultur-Olympiade in der Kongreßhalle – und war bereits eingangs enttäuscht. Die Begrüßungsform der türkischen Männern war für mich sehr schockierend. Diese Begrüßungsform - mit den Köpfen/Stirnen gegeneinander prallen/stoßen - ist bei radikal islamistischen Sekten und nationalistischen Organisationen üblich. Auch die eingeladenen türkischen Abgeordneten begrüßten die Sponsoren in dieser Form. Nicht nur Menschen aus der Türkei, auch viele Europäer wissen, dass diese Art der Begrüßung nur von den radikalen Islamisten und Nationalisten benutzt wird; sie ist für die demokratischen und fortschrittlichen Menschen der Türkei unakzeptabel.

Und es kam noch schlimmer: die Inhalte

einiger türkischen Lieder waren durch und durch nationalistisch. Zum Beispiel sang eine deutsche junge Frau ein berühmtes Lied von den türkischen Nationalisten in Türkisch. Dieses Lied wird heute noch in Polizeigewahrsam als eine moderne Foltermethode gegen Linke in sehr lauter Form zwangsgehört. Die Zuschauer im Saal sangen dieses durch und durch nationalistische Lied gemeinsam und schwenkten dabei euphorisch die türkische Fahne.

Der Sender "Sanyolu TV" hat von der Veranstaltung berichtet. Der Moderator der Veranstaltung war auch von Sanyolu TV. Es ist mittlerweile in Medienkreisen bekannt, wem dieser Sender gehört und was sie damit bezwecken wollen!

Diese Veranstaltung wurde eindeutig von

türkischen radikal-islamistischen und nationalistischen Kräften organisiert und finanziert.

In den Berichten der Gießener Tageszeitungen war von alledem nichts zu lesen. Hier war nur von „eindrucksvoller Werbung für Toleranz“ die Rede; wahrscheinlich verstanden die Berichtersteller kein Türkisch und begriffen somit nicht, dass die Inhalte einiger türkischen Lieder durch und durch nationalistisch waren.

Ich komme aus der Türkei und lebe seit acht Jahren in Deutschland. Von solchen Veranstaltungen war ich informiert, konnte aber in der Vergangenheit nie daran teilnehmen. Ich möchte nochmals ausdrücklich betonen, dass diese Veranstaltung dem Ziel für ein demokratisches Miteinander nicht gedient hat.

G. Gülmez.

Die Kernschmelze

Noch im letzten Herbst verlängerte die schwarz-gelbe Regierung die Laufzeiten schrottreifer Atommeiler, deren Wert längst mit üppigem Gewinn abgeschrieben ist. Die Atomkraft sei beherrschbar, hieß es. Na ja, ein Restrisiko bleibe, aber wer lebe schon ohne Risiko? Da gab es ja mal die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, aber das war ja noch in der Sowjetunion. Und nun kommt im hoch technisierten Japan ein Erdbeben, das ein wenig stärker ist als vorausgedacht und ein Tsunami mit höheren Wellen als erwartet: Im Atomkraftwerk von Fukushima fällt das Stromnetz aus. Dann versagen auch die Notstromaggregate und die Brennelemente werden nicht mehr gekühlt. Es droht die Kernschmelze. In mehreren Blöcken kommt es zu Explosionen. Da Brennstäbe schon aus dem Wasser ragen, wird versucht, die Reaktoren mit Wasser zu fluten. Je mehr Brennstäbe beschädigt werden, desto wahrscheinlicher wird eine Kernschmelze. Vorläufer der Umweltkatastrophe gab es zuvor genug: Harrisburg, Tschernobyl, das Öl aus dem Bohrloch im Golf von Mexiko, Ozonloch, Erderwärmung. Aber wo Profit winkt, setzt bei Kapitalisten der Verstand aus. Schließlich landet ja auch nur der Profit bei den Konzernen, die Unfälle zahlt das Volk mit Geld und Leben.

Es gibt eine auffällige Parallele zur kapitalistischen Ökonomie. Schon im März 2008, als das Bankensystem zu kollabieren drohte, warnte der US-Finanzwissenschaftler Nouriel Roubini vor dem „Risi-

ko einer 'Kernschmelze' des Weltfinanzsystems“. Minister Steinbrück schaute, nach eigenen Worten, in den Abgrund. Vorläufig verhinderte man das Schlimmste noch einmal, indem man die Notpresse anwarf und das kollabierende System mit ungeheuren Geldmengen flutete. Die Krise ist so in die Zukunft verschoben, wo sie verstärkt zurückkehren wird, wenn die Gegenmittel aufgebraucht sind. So lässt man die Gefahr sowohl der ökologischen wie der ökonomischen Kernschmelze weiter schwelen im Vertrauen darauf, dass der liebe Gott das Kapital nicht im Stich lässt. In einem „Spiegel“ vom März dieses Jahres diagnostiziert der Physiker Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimaforschung: „Wir wappnen uns gegen Gefahren nur so weit, wie es sich ökonomisch gerade noch rechnet.“ Und etwas weiter: „Wir verbrennen in einem Jahr so viel Öl, wie in 5,3 Millionen Jahren entstanden ist. Wir plündern zugleich die Vergangenheit und die Zukunft für den Überfluss der Gegenwart - das ist die Diktatur des Jetzt.“ Wenn der Physiker einen „kulturellen Wandel“ fordert, würden Sozialisten das dahingehend konkretisieren, dass ein Wandel notwendig ist hin zu einer Gesellschaft, in der die Befriedigung der Bedürfnisse



der Masse der Menschen Vorrang vor dem Profitinteresse weniger hat. Und man wird da um die Planung der wichtigsten Entwicklungsprozesse von Ökonomie und Ökologie nicht herumkommen. Damit ist nicht die Überplanung gemeint, die wir aus den früheren sozialistischen Staaten kannten. „Der kulturelle Wandel“, sagt Prof. Schellnhuber, „ist das Schwerste, was ich mir vorstellen kann.“ Der Dichter Bert Brecht sagte, „der Kommunismus ist das Einfache“ - und er fügte an - „das schwer zu machen ist.“ Leider wurde der zweite Teil des Satzes in der Vergangenheit von Sozialisten oft nicht bedacht. Dennoch müssen wir das Schwere, bei Strafe des Untergangs, in Angriff nehmen. **Klaus Mewes**



Kreis privatisiert

Stillschweigend hat der Kreis wieder einen Schritt in die Privatisierung seiner Aufgaben gemacht. Im Bereich des Amtes für Jugend und Soziales wurde die sozialarbeiterische Betreuung von Asylsuchenden an den IB (Internationaler Bund) vergeben. Angeblich nur momentan wegen aktueller Arbeitserhöhungen, aber der IB wird sich natürlich weiter breit machen. Schließlich ist er mit seinem Haustarifvertrag billiger als der öffentliche Dienst; und seine Beschäftigten sind damit auch unsicherer beschäftigt. Aber wen interessiert das schon, Hauptsache es wird Geld eingespart. Und wenn dann erst die Verfassung mit der angeblichen Schuldenbremse versaut wird, kräht erst recht kein Hahn mehr nach der nötigen Verbesserung der Einnahmeseite des Staates statt den Billiglösungen durch Privatisierung staatlicher Aufgaben. **KS.**

Volkszählung 2011: die Datendiebe kommen

Im Mai wird es ernst – 80 000 Interviewer schwärmen aus, um 10% der Bevölkerung und alle Immobilienbesitzer auszufragen. Außerdem laufen in allen Behörden die Computer auf Hochtouren, um alle dort gespeicherten Daten für jeden Bewohner des Landes zusammenzuführen und gegeneinander abzugleichen. Von Anonymisierung der Daten kann keine Rede sein, jeder Gezählte bekommt eine Kennziffer, die 4 Jahre lang gespeichert wird. Gegen Datenmißbrauch durch Behörden oder auch private Nutznießer gibt es keine Garantie. Im Gegensatz zur Volkszählung 1987 gibt es kaum Widerstand dagegen. Kritiker betreiben mit der Homepage www.zensus11.de eine ausführliche Gegeninformation. G.L.

Wetzlar: Neofaschisten verurteilt und nun?

In der Nacht zum 5. März 2010 wurde auf das Haus eines Wetzlarer Antifaschisten ein Brandanschlag verübt. Vier Neofaschisten wurden Anfang Februar 2011 nach 13 Prozesstagen zu Haftstrafen verurteilt: der Werfer des Molotowcocktails zu 5 Jahren und 9 Monaten, der Fahrer des Fluchtwagens zu 3 Jahren und 9 Monaten, zwei weitere Täter zu 5 Jahren. Die Vier wurden wegen versuchtem vierfachen Mordes, schwerer Brandstiftung und versuchter Brandstiftung mit Todesfolge schuldig gesprochen. Die Neofaschisten stammen aus den Gruppen Wetzlarer Anti-Antifa und Autonome Nationalisten Wetzlar. Unabhängig von dem verhängten Urteil stellt sich die Frage warum gerade in Wetzlar bzw. im Lahn Dill Kreis sich neofaschistische Strukturen so entwickeln konnten. Am 9.2.2011 konnte Thilo Sarrazin auf Einladung der Jungen Union in Ehringshausen seine rassistischen und reaktionären Positionen zum besten geben. Gerade im Lahn-Dill-Kreis hat eine rechte CDU die ideologischen Vorarbeiten für den Erfolg eines Sarrazins gelegt. Der politische Rechtsausleger Hans-Jürgen Irmer (stellvertr. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion) macht schon seit 1982, mit seinem Hetzblatt „Wetzlar Kurier“ ausländerefeindliche Parolen und Angst vor dem Islam salonfähig. Aber es geht nicht nur um die konservativen Parteien, sondern auch um die SPD, in der das SPD-Mitglied Sarrazin prominente Unterstützung findet. An diesem Zusammenhang wird deutlich, dass nicht nur die Neofaschisten das Problem sind, sondern vor allem die reaktionären Kreise aus Politik und Wirtschaft, welche durch ihre ideologische Offensive die Gesellschaft immer weiter nach Rechts verschieben und somit die Erfolge der Neofaschisten erst möglich machen. **Henning Mächerle** (VVN/BdA KV Gießen)



Sudeten-Deutschland über alles

Im März hatte die Gießener Sudeten-deutsche Landsmannschaft zu einer revanchistischen Veranstaltung geladen. Gastredner war Prof. Hampel, der als Historiker erstaunliches Nichtwissen offenbarte. Wenn auch lediglich zuständig für Kirchengeschichte, sollte er doch über die sog. Benes-Dekrete Bescheid wissen. Gemeinhin werden darunter die Richtlinien zur Rückführung von Deutschen nach Deutschland verstanden. Grundlage dafür ist ein Beschluß der Alliierten (Sowjetunion, USA, Großbritannien) im Potsdamer Abkommen, in dem es heißt: „... daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Teile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ Daß diese Umsiedlung nicht immer „in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgte“, wie auch im Potsdamer Abkommen bestimmt wurde, ist nicht zu entschuldigen, rechtfertigt aber keine Geschichtsfälschung - auch wenn die Wut auf die deutschen Besatzer, die in sechs Jahre Krieg, Tod und Verderben über die Menschen dieser Länder gebracht haben, nachvollziehbar ist.



Hampel aber geht in seinem Geifer so weit, daß er sogar gegen die Aufnahme Tschechiens in die EU wettert, weil sie die Benes-Dekrete nicht zurücknimmt (und das Potsdamer Abkommen?).

Mit dieser Geschichtsfälschung steht Hampel – leider – nicht allein. Während Nazis geduldet und mit Staatsgeldern gehätschelt werden (unter Bruch des Potsdamer Abkommens und der Verfassung), suhlt man sich öffentlich in Filmen und Hetzreden im „Leid der Vertriebenen“.

Eine herausragende Rolle spielt hier der „Spiegel“. In seiner Geschichts-Edition (Januar 2011) fordert er einen internationalen Gerichtshof, der jetzt die Verbrechen der Vertreibung aburteilen soll, wobei nebenbei versteckt Ansprüche auf deutsche Ostgebiete ge-

weckt werden. Als Name für dieses Gericht wird vorgeschlagen: Nürnberg II – ein Affront nicht nur gegenüber allen Antifaschisten, sondern auch gegenüber allen Demokraten und Opfern der Nazibarbarei. Aber passend zur neuen Weltmacht Deutschland, die sich der Nachkriegsmaximen „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ endgültig entledigt hat

Erika Beltz

Buchtipps: Violettbuch Kirchenfinanzen

Weniger als zwei Drittel der Bevölkerung gehören den beiden großen christlichen Kirchen an, weniger als 10% davon nehmen aktiv an religiösen Kulturen teil. Trotzdem finanziert der Staat, ungeachtet der offiziellen Trennung von Kirche und Staat, viele Tätigkeiten der Kirchen. Nicht nur die Kirchensteuer wird staatlich eingetrieben, Bischofsgehälter, die Ausbildung kirchlichen Personals, Militärseelsorge, Missionswerke und vieles andere zahlen konfessionslose und andersgläubige Menschen mit.

Carsten Frerk hat in einer ausführlichen Analyse die Finanzierung der Kirchen durch den Staat untersucht und in seinem Buch öffentlich gemacht.



Er entlarvt auch die oft behauptete historische Verpflichtung zu dieser Finanzhilfe als Lüge. Nicht die angebliche Entweignung kirchlicher Güter während der Säkularisation am Anfang des 19. Jahrhunderts ist die Grundlage für die massive Unterstützung der Kirchen durch den Staat, sondern freiwillig eingegangene Verträge. Eine wichtige Rolle spielt hier das zwischen Hitler und dem Vatikan eingegangene Konkordat von 1933. Wer mehr über dieses Thema wissen will, dem sei

das hier besprochene Buch empfohlen.

Gernot Linhart

Carsten Frerk: Violettbuch Kirchenfinanzen. Wie der Staat die Kirchen finanziert Alibri Verlag, 270 Seiten, kartoniert, 16€

Probeexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZAbo@t-online.de www.unsere-zeit.de



Leserbriefe

Bombardierung Libyens

Die in den Medien kolportierten weit übertriebene Zahl der Gräueltaten Gadaffis an der libyschen Zivilbevölkerung dient zur weiteren Eskalation des (Bürger-)Krieges, um die tatsächlichen Gründe zu verbergen. Diese sind im Kern die Besetzung Libyens, die damit bessere Herrschaftbarkeit dieses Landes und damit den „freieren“ Zugang zu dessen Öl. Durch die Bombardierung Libyens durch Nato und EU-Staaten wird die Zivilbevölkerung erst recht „beschädigt“, was neudeutsch seit dem Jugoslawienkrieg Kollateralschaden genannt wird. Der Einsatz von Bodentruppen ist logischerweise nur eine Frage der Zeit. In diesem Zusammenhang wird der Öffentlichkeit bewusst die aktuelle Situation in Afghanistan vorenthalten: Dort wurden unter Beteiligung Deutschlands im vergangenen Jahr nach UNO-Angaben 2777 Zivilisten getötet. Dies bedeutet eine Steigerung von 15% gegenüber dem Jahr 2009. Die Unsinnigkeit, dass die Anhei-

Ein letzter Bericht aus dem Knast

Sechs Monate sind vorüber. Manchmal schwebte in diesen ein derartiger Schleier von Normalität über den offenen Vollzug, in dem ich untergebracht war, dass mensch den Eindruck haben könnte, hier sei es einigermaßen human. Verglichen mit dem geschlossenen Vollzug mag das sogar stimmen. Aber das spricht nur gegen den geschlossenen Vollzug, der nichts als unmenschliche Maschinerie ist.

Beide zerstören das, was dem Menschen eigen ist: Kreativität, ein lebendiger Kopf mit ständigen, in wechselnde Richtungen gehenden Gedanken und Träumen. Unabhängigkeit und Selbstorganisation gehören zum Menschen und machen ihn eigenartig – im positiven Sinne des Wortes. Das wird schon ohne Knast gut abtrainiert. Anders ist die Ruhe der Menschen nicht zu erklären, die Entmündigungen und die Verregelung ihres Lebens hinnehmen oder ihren Frust im Hass auf noch Schwächere ablassen.

Knast ist Trott, Normalität, Verregelung. Da ist auch der offene Vollzug nichts als eine Schule der gleichgültigen Hinnahme fremdgesteuerter Tagesabläufe und des Verzichts auf eigene Persönlichkeit – wenn auch, gegenüber dem geschlossenen Vollzug oder z.B. geschlossenen Psychiatrien, nicht ganz so krass. Die Aufsichtsbehörden (Landesregierung in

Wiesbaden) wollen den offenen Vollzug verschärfen. Ich konnte sie mehrfach auf Kontrollgängen sehen. Ihre Forderungen: Mehr Kontrollen, mehr Zügel für die Gefangenen. Wie sagte mir ein Beamter: „Jetzt führen sie als Neuerung wieder das ein, wogegen die alten Kollegen vor 30 Jahren mit Erfolg protestiert haben“. Die Landesregierung und ihre Kettenhunde in Robe und Uniform haben nichts zu befürchten. Die ExpertInnen, die aus ihrer Innenschau des alltäglichen Erlebens von Knastlogiken wichtige Aufklärungsarbeit leisten könnten, werden es nicht tun. Entweder halten sie als Gefangene ängstlich die Klappe oder bleiben hinter den Mauern mundtot, weil in dieser Gesellschaft nur Privilegierte Zugang zu Medien und öffentlichen Debatten haben. Oder ihnen ist als Bedienstete des Zwangsapparates zwar das Desaster klar, aber das Hemd näher als die Hose. In einer Gesellschaft williger VollstreckerrInnen werden Menschen per Lohnarbeit ständig zu Handlungen gebracht, die sie für falsch halten. Doch die geballte Faust gehört nicht in die Hosentasche, sondern nach oben – ins „Gesicht“ derer, die uns das ständig antun, um ihre und die Privilegien anderer gewaltsam durchzusetzen.

Jörg Bergstedt

(unter: <http://de.indymedia.org/2011/03/302805.shtml> steht der gesamte Bericht).

zung des (Bürger-)Krieges durch NATO-Staaten Menschenleben rettet bzw. retten soll, erweist sich demnach als falsch bzw. vorgeschoben. **Uwe Moldenhauer**

H. Schmidt über J. Fischer

In seinem Buch "Auf eine Zigarette" bezeichnet Ex-Kanzler Schmidt Joschka Fischer als einen begabten Demagogen und Bellizisten (S.68). Letzteres heißt laut Fremdwortduden auf gut Deutsch Kriegstreiber. Dem ist nichts weiteres hinzuzufügen.

Felix Oekentorp

"Bio"-Sprit

Es besteht nicht nur die Idiotie, dass in einem hochtechnologisierten Land wie Deutschland nicht festgestellt werden kann, ob das Benzin E10 für (bestimmte) Automotoren schädlich ist. - Nein! - Der Unsinn mit E10 wird komplettiert, durch die Tatsache, dass auf diesem Planeten täglich Tausende von Menschen verhungern. Politik und Industrie nutzen aber Ackerflächen, um Getreide anzubauen, das in der Folge benutzt wird, weiterhin mit viel zu großen Autos über Autobahnen rasen zu lassen, statt Nah-

fung zu erzeugen. Die Politiker, die diesen Schwachsinn so vehement verteidigen und die sich nicht gegen die Mineralölkonzerne durchsetzen können oder wollen, sind ohne Wenn und Aber direkt mitverantwortlich für das Sterben vor allem in der so genannten Dritten Welt!

Kurt Ven-

Cubas Energiepolitik

Warum gibt es in Cuba so wenig Solartechnologie? Diese und andere Fragen stellen sich angesichts der fast immer präsenten Sonne und Gluthitze sehr viele Menschen sowie auch wegen der Havarien in Japan. Generell: Auch ein Umsteuern auf alternative Energie kostet erstmal einen Batzen Geld in Form von Investitionskosten. Diese Gelder sind nicht gerade flüssig. Außerdem müssen Techniken importiert werden - und der nächste Markt, die USA, ist bekanntlich verschlossen! Nebenbei: Cuba nutzt speziell Solartechnik intensiv auf dem Lande und in Schulen. "Eine bessere Welt ist möglich." (Fidel Castro) P.S.: Cuba leistet nach den Katastrophen in Japan intensive Hilfe!

Falk Moldenhauer

Ostermarsch 2011

- * Atomwaffen verschrotten -
- * Atomkraftwerke abschalten.
- * Afghanistankrieg sofort beenden

Beginn des Ostermarschabschlusses in Frankfurt ist am **Ostermontag, 25. April 2011** für Mittelhessen

11.30 Uhr Eschersheim, Am Weißen Stein. Von dort aus Demonstration zum Römerberg.

Hier findet **ab 13 Uhr die Antikriegskundgebung** statt. Auch in Biblis wird es anlässlich des 25. Jahrestages von Tschernobyl einen Ostermarsch geben. Zwischen den Veranstaltern wurde ein Redneraustausch vereinbart, um den politischen Zusammenhang von Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung deutlich zu machen.

In Gießen

findet bereits am **Ostersamstag von 10 bis 14 Uhr auf dem Kirchenplatz eine Aktion des Friedensbewegung** statt

Bücherbasar

im Rahmen des Sommerfestes der GSW (Gesellschaft für soziales Wohnen) am 18.06.11 von 10-16 Uhr im ZIBB, Hannah-Arendt-Str.8, 35394 Gießen. Infos: 0641/791180.

Redaktionsschluß für das Mai-Echo: 21.4.11

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

1. Mai 2011 in Gießen



Vor-Mai-Veranstaltung Demonstration + Kundgebung

Samstag, 30. April, ab 20 Uhr im Jugendzentrum Jokus (Ostanlage) Azubi-Party mit Film (Geschichte des 1. Mai) und **Mikrophone Mafia**, anschließend: Abtanzen mit DJ

Sonntag, 1. Mai, 11.30 Uhr Treffpunkt Brandplatz Gießen, Demonstration durch die Nordstadt. Anschließend Kundgebung und Mai-fest auf dem Kirchenplatz.

Redner: Rüdiger Stolzenberg, DGB Hessen, Kurdische Tanzgruppe und Musik, Info-Stände der Gewerkschaften u.a., Essen, Trinken, Kaffee, Kuchen, Kinderfest

Jeden Montag, 18 Uhr am Rathaus, Berliner Platz **Anti-AKW- Demo**

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern: **Protest gegen Hartz IV**

sofern nicht die Demo unterstützt wird

Er kann's nicht lassen

*„Ich war immer bereit zu kämpfen, aber ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht.“ (Karl-Theodor zu Guttenberg bei seiner Abtrittsrede, 2011) - **„Ich war immer bereit zu kämpfen, aber ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht.“** (Star Trek 2 - Der Zorn des Khan, 1982)*

Buchenwald

Sonntag, 17. April 2011:

66. Jahrestag der Selbstbefreiung

- * für breite antifaschistische Bündnisse gegen Nazis!
- * für eine Welt ohne Krieg, Faschismus und Fremdenhass!

13.30 Uhr Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald

Hierzu hat der DGB einen Bus organisiert. Abfahrt 9.00 Uhr ab DGB-Haus Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

Teilnahmebeitrag: 10 Euro, erm. 5 Euro
Anmeldung: DGB Region Ffm. tel: 069/273005-77 oder VVN-BdA tel: 06195/900846

16 Uhr Rückfahrt nach Frankfurt

Antifaschistische Stadtführungen

Die gut dreistündigen Führung beinhaltet eine Route von 21 Stationen zu Fuß durch die Gießener Kernstadt. Zu Beginn erfolgt eine Einführung im Gewerkschaftshaus. - Nächste Führung am Sonntag, dem 8. Mai, 14 Uhr am DGB-Haus in der Walltorstraße. Kosten pro Person: 5 €, erm. 2.50 €. Anmeldungen erfolgen beim DGB-Jugendbüro in Gießen

Dortmund, 24.-26. Juni UZ-Pressesfest der DKP



Soli-Button zum UZ-Fest

für 5 € sofort erhältlich

Vom 24.-26. Juni findet in Dortmund im Revierpark Wischlingen das 16. UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP statt, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden. Wer beim Aufbau und Abbau sowie während des Festes helfen möchte, bitte melden.